

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Band: 4 (1924-1925)
Heft: 7

Artikel: Der Kampf gegen den Militarismus. Teil V-VIII
Autor: Grimm, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-328924>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 23.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rote Revue

Sozialistische Monatschrift

7. HEFT

MÄRZ 1925

IV. JAHRG.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Der Kampf gegen den Militarismus.

Von Robert Grimm.

V.

Drei Tatsachen hatten sich am Ende des Weltkrieges in voller Schärfe herauskristallisiert. **E r s t e n s**: die Aussichtslosigkeit der früheren antimilitaristischen Propagandamittel. **Z w e i t e n s**: das Versagen der Arbeiterklasse — nicht nur ihrer Führer — bei Ausbruch und während des Weltkrieges. **D r i t t e n s**: die Lüge jener offiziellen Verheißungen, als ob der Zweck des Weltkrieges die Vernichtung der kriegerischen Möglichkeiten unter zivilisierten Völkern gewesen sei.

Kein Wunder, wenn nach diesen furchtbaren Enttäuschungen neue antimilitaristische Strömungen entstanden sind, die den Kampf gegen Militarismus und Krieg von einer neuen Grundlage aus versuchen.

Diese Grundlage ist die der Moral, der Ethik und des sittlichen Gebotes. Man leugnet zwar den ursprünglichen Zusammenhang zwischen Militarismus und kapitalistischen Expansionsbedürfnissen nicht, aber man stellt in den Vordergrund des Kampfes die Moral, die ethische und sittliche Menschenpflicht. Damit wird der Kampf gegen Militarismus und Krieg vom Boden des proletarischen Klassenkampfes auf den Boden der Menschlichkeit, die sich weit über die Klassegegensätze und Klasseninteressen erhebt, verschoben. Die Tore stehen allen offen, die guten Willens sind. Nicht nur die Arbeiter und Kleinbürger sind jetzt Kampfgenossen einer Front. Man versucht den Nachweis, daß selbst der Kapitalismus immer weniger Interesse an militärischen Rüstungen und Kriegen habe, als sei der Versuch wohl selbstverständlich, auch kapitalistische Kreise zum Kampf gegen den Militarismus heranzuziehen. Darum appelliert die leichte Losung „Nie wieder Krieg!“ an alle, wie einst die ersten Proklamationen der russischen Revolution, darum ist die Friedensbewegung der Nachkriegszeit, der m o d e r n e P a z i f i s m u s, eine mitten durch

die verschiedenen Gesellschaftsklassen hindurchgehende Bewegung und ihr Wahrzeichen: die Feindschaft gegen alle Methoden der Gewalt.

Wenn es indes ein praktisches Werbemittel für diese Art von Antimilitarismus gegeben hätte, viel gewaltiger und wirkungsvoller als pazifistische Traktätchen und moralische Lehrsätze, dann den Weltkrieg selbst. Der Weltkrieg, der sich nicht fernab, dem Hinterlande beinahe unbemerkt, an den Fronten abspielte, der Weltkrieg, der erbarmungslos, grausam hineingriff in das gesamte Leben der Nation, der Weltkrieg mit seinen Millionen Toten, Verwundeten und Krüppeln, mit seinen ungeheuren Verlusten an materiellen und moralischen Werten. Und doch ist diese furchtbarste aller Lehren wie spurlos an den Menschen vorübergegangen. In jenen Ländern, über die der Krieg das größte Maß von Leid und Schmerz, von Kummer und Sorge brachte, konstatieren wir heute eine stärkere militaristische und kriegerische Gesinnung als vor 1914.

Die Stimmung in Deutschland ist bekannt. Man wende nicht ein, es handle sich nur um die Nationalisten. Die Nationalisten bilden heute den einflussreichsten Teil, wenn nicht die Mehrheit der „deutschen Republik“. Und es gab die Zeit der Ruhrbesetzung. In jener Zeit hätten selbst die Kommunisten des Ruhrgebietes einen neuen Krieg freudvoll mitgemacht, wäre Deutschland in der Lage gewesen, die materiellen und technischen Voraussetzungen für einen Revanchekrieg zu schaffen. In Frankreich weisen die Heeresbestände eine größere Stärke auf als vor 1914. Immer unter der Maske der nationalen Sicherheit und der Landesverteidigung reißt dort die Militarisierung der Gesamtnation planmäßig heran. Die Balkanstaaten sind von der Friedensidee weiter entfernt denn je, trotzdem dem Weltkrieg dort unten bereits zwei andere Kriege vorausgegangen sind. Griechenland, das seinen außenpolitischen Einfluß verscherzt, sein Königtum und ein Duzend Regierungen eingebüßt hat, schlug sich gegen die Türkei und hatte seinen Handel mit Italien. Der Herentessel kommt so rasch nicht zur Ruhe, ganz einfach, weil es sich um das Ausfallstor gegen die Türkei und Kleinasien handelt. Sowjetrußland, das seine finanziellen Kräfte für den Aufbau seiner Wirtschaft bitter nötig hätte, wirft Hunderte von Millionen für neue Rüstungen aus, die Randstaaten folgen ihm in fieberhafter Eile.

Wir gestehen: zum Glauben, daß eine auf allgemeinen Lehrsätzen der Moral, Ethik und Sittlichkeit aufgebaute antimilitaristische Propaganda mehr praktischen Erfolg haben werde als die vier Kriegsjahre mit ihrem eindringlichen Anschauungsunterricht, dazu gehört nicht nur ein außerordentlich starker Mut, es gehört dazu auch eine vollständige Verkennung der militärischen Grundlagen und der Kriegsur-sachen. Da aber die pazifistische Strömung besteht und auf die geistige Einstellung der Arbeiter Einfluß auszuüben versucht, wird man sich mit ihr aus-

einanderzusetzen haben, wenn anders nicht wieder Illusionen entstehen sollen, die sich noch bitterer rächen müßten als der blinde Glaube in die Zweite Internationale im August 1914.

VI.

Fragen wir zunächst, was uns von den bürgerlichen Pazifisten trennt.

Der bürgerliche Pazifismus geht aus von einer an sich durchaus achtbaren moralischen Grundlage, deren Kernpunkt die prinzipielle Ablehnung der Gewalt und das unbedingte Bekenntnis zur Demokratie bedeutet. Auch wir Sozialdemokraten haben als Endziel eine friedliche Gestaltung der sozialen Beziehungen auf demokratischer Grundlage. Aber während das Ziel des bürgerlichen Pazifismus Ausfluß eines allgemeinen Grundsatzes der Moral ist, fließt das sozialdemokratische Endziel aus der geschichtlichen Erkenntnis und stellt sich als logisches Ergebnis einer ihren eigenen Gesetzen folgenden Entwicklung der menschlichen Gesellschaft dar.

Die Moral selbst ist, im Lichte der sozialdemokratischen Weltanschauung, kein fertiger, ein für allemal gültiger abstrakter Begriff. Natürlich gibt es auch in einer Klassengesellschaft gemeinsame, allen Gesellschaftsklassen eignende Moralbegriffe, aber daneben gibt es eine ausgesprochene Klassenmoral, die je nach der Klasse, von der sie ausgeht, verschieden ist.

Diese Klassenmoral, untrennbar verbunden mit dem Bestehen gegensätzlicher Klassen und Klasseninteressen, beherrscht einen Teil, vielleicht nicht den kleinsten und geringsten Teil der Gesellschaft. In den Augen des streikenden Arbeiters ist der Streikbrecher ein Lump, in den Augen des kapitalistischen Unternehmers ein Ehrenmann. In den Augen des Arbeiters ist der Mietzinswucherer ein schamloser Ausbeuter, in den Augen des Bourgeois ein ehrenwertes, staatsbehaltendes Element. In den Augen des Hungernden ist die Wegnahme eines ihm nicht gehörenden Stückchen Brotes erlaubte Notwehr, in den Augen des bürgerlichen Richters ein der Strafe unterstelltes Diebstahlsdelikt.

So ließen sich aus der Praxis des Alltags die Gegenüberstellungen beliebig vermehren und sie alle würden die Verschiedenheit der Moralbegriffe und deren Bedingtheit durch die Stufe der sozialen Beziehungen aufzeigen.

Ist aber die Moral in einer Klassengesellschaft keinesfalls ein einheitlich gerichteter Begriff, so taugt sie auch nicht als Grundlage und Ausgangspunkt des Antimilitarismus und der Kriegsfeindschaft. Sie vermag zwar den Kampf gegen den Militarismus und gegen den Krieg zu fördern, indem sie ihm zu den Hauptargumenten Nebenargumente zur Verfügung stellt, aber zur erfolgreichen, sieghaften Durchführung dieses Kampfes bedarf es einer stärkeren Waffe: die Erkenntnis der realen Tatsachen und der sich aus ihnen ergebenden Schlüsse.

Aus diesem Grunde unterscheiden sich denn auch die Friedensbestrebungen der Sozialdemokratie grundsätzlich vom bürgerlichen Pazifismus. Dieser erblickt im Krieg ein Resultat der menschlichen Unvernunft, der mangelnden Entwicklung des Verantwortlichkeitsgefühls. Für die Sozialdemokratie ist der Krieg das unvermeidliche Ergebnis der kapitalistischen Gegensätze und damit der Klassegegensätze. Der bürgerliche Pazifismus will die Kriegsursachen beseitigen, ohne die Klassegegensätze aufzuheben, die Sozialdemokratie erblickt die Beseitigung der Kriegsursachen in der Aufhebung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses. Der bürgerliche Pazifismus will den Militarismus und den Krieg durch das Mittel der Aufklärung, durch den Appell an die menschliche Vernunft, durch das Brandmarken der Schrecken und Greuel des Krieges, durch die Abscheu vor der Gewalt bekämpfen; für die Sozialdemokraten bildet der Kampf gegen Militarismus und Krieg einen Bestandteil des allgemeinen proletarischen Klassenkampfes. Die Sozialdemokratie kann mit den Pazifisten aller Schattierungen insofern einverstanden sein, als es sich um den Abscheu gegen den Krieg und die Kriegsmittel handelt, aber sie lehnt die Trennung der Kriegsursachen vom kapitalistischen Wesen und die Trennung des antimilitaristischen Kampfes vom Klassenkampf des Proletariates ab. Sie verwirft die Verselbständigung der antimilitaristischen Strömung zu einer über oder neben dem proletarischen Klassenkampf bestehenden Bewegung mit aller Entschiedenheit.

VII.

Diese zwischen dem bürgerlichen Pazifismus und der Sozialdemokratie bestehende Gegensätzlichkeit führt auch zu einer verschiedenen Wertung des Abrüstungsproblems.

Die bisherige Formel der Abrüstung war die proportionale Herabsetzung der Streitkräfte. Man ging von dem gegebenen Stand der Rüstungen aus und verlangte, daß die Großmächte ihre Heeresbestände zu Wasser und zu Lande im gleichen Verhältnis reduzieren sollen. Aber man übersah vielleicht, daß dadurch im Grunde genommen an dem bisherigen Stärkeverhältnis herzlich wenig geändert würde, indem die militärischen Kräfte, als Ganzes genommen, zwar eine Verminderung erfahren, die Verteilung der Kräfte auf die beteiligten Nationen jedoch im gleichen Verhältnis weiter besteht wie zuvor.

Nun haben wir seit Kriegsende verschiedene der sogenannten Abrüstungskonferenzen erlebt. Die vom Völkerbund einberufenen Besprechungen führten bislang zu nichts. Die wirkliche Abrüstung im landläufigen Sinne wurde abgelehnt, dagegen wurde sehr viel von der moralischen Abrüstung geschwätzt, und in der Praxis blühte die Rüstungsindustrie herrlich empor, und Franzosen und Engländer stritten sich darum, wer den Marokkanern, die im Kampf gegen das

Völkerbundsmitglied Spanien liegen, mehr Gewehre und Kanonen liefern dürfe.

Die andere Abrüstungskonferenz war die außerhalb des Völkerbundes stehende, von amerikanischer Seite einberufene Washingtoner Konferenz. Aber auch sie endete als *F a r c e*. Was hilft es, wenn ein paar alte, kriegsuntüchtig gewordene Kreuzer in den Grund gehohrt und gleichzeitig in dem reduzierten Sonnenraum moderne, die durch die Abrüstung entstandenen Lücken völlig ausfüllende, in ihrer Schlagkraft die abgerüsteten Kriegsmittel weit übertreffende Marinewaffen aufgestellt werden?

Indes, abgesehen von diesen Tatsachen, ist ein neuer Faktor in Erscheinung getreten, der dem ganzen Problem, mit Einschluß der so überaus friedfertigen Zivildienstpflicht schweizerischer *Couleur*, ein anderes Gesicht verleiht. Wir haben gesehen, wie die *U r m e e d e s H i n t e r l a n d e s* nunmehr eine Bedeutung erhält, deren volle Tragweite während des Krieges noch gar nicht erfasst werden konnte. Die Fabrik wird jetzt wichtiger als die Kaserne, der Zivilist als Glied der unbewaffneten Armee wichtiger als der Soldat im Wehrkleide, der Ingenieur und Techniker, der Wissenschaftler und der Nationalökonom wichtiger als der galonierte Heerführer.

Wie stellt man sich angesichts der Vorschläge eines *P a u l B o n c o u r*, angesichts ihrer Realisierung durch den Kriegsminister *N o l l e t*, die Abrüstung eigentlich vor? Nachdem sich der Schwerpunkt der Kriegsführung von den Kasernen und den Fronten in das Hinterland verschoben hat, nachdem die Mobilisierung der ganzen Nation als eine militärische Notwendigkeit ersten Ranges erkannt worden ist, nachdem man daran geht, das Mißverhältnis zwischen den Frontkämpfern und der Armee des Hinterlandes durch die enge Verbindung mit der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik zu beseitigen, liegt auch das Schwergewicht der Abrüstung nicht mehr bei der Größe der uniformierten Heeresbestände, bei der Zahl der Schlachtschiffe, Gewehre und Kanonen. Bei der gegenseitigen Durchdringung von Armee einerseits, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik andererseits spielen ein paar tausend eingekleideter Soldaten mehr oder weniger keine entscheidende Rolle. Es ist sogar denkbar, daß vom militärischen Standpunkt aus gesehen, die Reduktion der Heeresbestände von *V o r t e i l* sein kann, wenn die dabei frei gewordenen Mannschaften in die unsichtbarere und weniger leicht kontrollierbare Armee des Hinterlandes eingereicht werden können.

Der deutsche Sozialdemokrat *P a u l L e v y* hat meines Wissens als erster auf diese entscheidende Wandlung hingewiesen, die das Abrüstungsproblem in völlig neue Beleuchtung rückt. Schade, daß er seine Studien nicht schon vor dem Basler Parteitag 1924 veröffentlichen konnte, er hätte sonst der Partei in ihrem Arbeitsprogramm einen Satz erspart, der mehr ist als ein bloßer Schönheitsfehler. Entgegen meinem Antrage wurden unter dem Abschnitt „Militarismus und Landesverteidigung“ die Worte aufgenommen:

„Unterstützung der Bestrebungen für die Einführung der Zivildienstpflicht, sofern der Zivildienst nicht militärischen Interessen dient.“

Dieser Satz ist auch ein Produkt jener „Neuorientierung“ der Nachkriegszeit, die vorgibt, den Sozialismus „reiner, sauberer und ethischer“ aufbauen zu wollen als vor dem Kriege. Aber es zeigt sich, daß man zwar Tatsachen wohl verschieden beurteilen kann, daß sich aber die Tatsachen glücklicherweise um diese verschiedene Beurteilung keinen Deut scheren und trotz des so leicht vorgenommenen, eine ganze persönliche Vergangenheit verleugnenden Wechsels der Anschauung bleiben, wie sie sind.

Diese Tatsachen gestalten den soeben erwähnten Satz des Arbeitsprogramms zu einer Illusion. Solange es sich bei der Zivildienstpflicht darum handelt, daß der Mann aus dem uniformierten Heer entfernt wird und dafür eine den Friedenszwecken dienende Arbeit leistet, ist die Unterscheidung von militärischen und nichtmilitärischen Interessen leicht durchzuführen. Unmöglich aber wird diese Unterscheidung in dem Augenblick, da das uniformierte Heer seinen Aufgaben nur dann genügen kann, wenn die ganze Volkswirtschaft, mit Einschluß der Wissenschaft und Technik, die Grundlagen für die Erfüllung seiner Zwecke schafft.

In diesen Zustand hinein hat uns die Entwicklung des Militarismus während der vier Kriegsjahre geführt. Schon zur Friedenszeit wird es jetzt schwer sein, zu unterscheiden, ob die Straße, die mit Hilfe von Zivildienstpflichtigen gebaut wird, die Erstellung von Lager- und Schuppen, bei der sie mithelfen, nicht etwa militärischen Interessen dient. Im Fall der Mobilisation, auch wenn sie noch gar nicht zum aktiven Krieg führt, ist diese Unterscheidung überhaupt nicht mehr möglich. Dann arbeitet die ganze Volkswirtschaft direkt oder indirekt für die Bedürfnisse der an der Front liegenden Armee und der Zivildienstpflichtigen wird wider seinen Willen Werkzeug der militärischen Interessen.

Man mißverstehe nicht: der Zivildienstpflichtige. Was in *Somero* geleistet wurde, war keine Zivildienstpflicht. Das war freiwillige Leistung von unbezahlter Arbeit, die, in größerem Maßstabe wiederholt, nicht ein militärisches Problem darstellt, wohl aber zu einem gewerkschaftlichen Problem werden könnte von wegen des Lohndruckes und der Schmutzkonkurrenz.

Wo es sich aber um die eigentliche Zivildienstpflicht handelt, steht die Sache anders. Der Zivildienstpflichtige hatte wohl die Wahl, auf die Uniform zu verzichten. Aber da er den Zivildienst als Ersatzdienst für die Befreiung vom Wehr- und Kriegsdienst im ursprünglichen Sinne des Wortes zu leisten hat, steht ihm die Wahl des Arbeitsplatzes nicht frei, eben weil es sich um eine Pflicht dem Staate gegenüber handelt. Nunmehr, nachdem das Hinterland nicht minder wichtig ist als die Front, wird die Zivildienstpflicht zu einem unter Umständen recht willkommenen Instrument des

Militarismus und der Kriegsführung. Die Zivildienstpflichtigen werden für die industrielle Kriegsführung mobilisiert, sie unterstehen der militärischen Organisation und Disziplin, im Gegensatz zu den anderen Bewohnern des Hinterlandes, die zwar auch für die Heeresbedürfnisse arbeiten, es jedoch nicht als Teile der organisierten Zivildienstarmee tun.

So wird die Zivildienstpflicht in ihr Gegenteil verkehrt und der in das Arbeitsprogramm hineingeschmuggelte Satz naiv. Weit entfernt, ein Mittel im Kampf gegen den Militarismus zu sein, wird die Zivildienstpflicht ein Mittel zu seiner aktiven Unterstützung. Dabei kommt für die Arbeiterklasse eine, wie mir scheint, nicht ganz unwichtige Nebenseite in Betracht. Das Streben der heutigen Heeresleitungen geht darauf hinaus, „unzuverlässige Elemente“ soviel als möglich aus den Reihen der uniformierten Armeen zu entfernen. Die Armee soll stubenrein bleiben, befreit von revolutionären Ansteckungsherden. Es könnte darum auch der Zivildienst, wenn sich die Militaristen erst einmal mit seinem Wesen vertraut gemacht haben werden, in der Richtung verlockend sein, daß er als willkommenes Mittel zur „Säuberung der Armee“ dient.

Ob die begeisterten Verfechter der Zivildienstpflicht auch an diese Seite des Problems gedacht haben, entzieht sich meiner Kenntnis. Es tut auch nichts zur Sache. Wichtiger ist die Erkenntnis, daß gegen Militarismus und Krieg der moderne bürgerliche Pazifismus mit seinen wohlgemeinten Abrüstungsvorschlägen und seiner Zivildienstpflicht so wenig Erfolg haben kann als die früheren Mittel und Methoden des Antimilitarismus.

Heißt das nun, daß unter diesen Umständen der Kampf gegen Militarismus und Krieg preisgegeben werden müsse oder überhaupt unmöglich sei? Davon ist keine Rede, denn just die Wandlungen des Militarismus schaffen die Grundlagen für diesen Kampf, es gilt nur, sie zu erkennen.

VIII.

Die technischen Bedingungen des Militarismus und des Krieges haben sich, wie wir sahen, von Grund verändert. Aber das ist nur die eine Seite des Bildes. Mit diesen Veränderungen entstanden zugleich neue Bedingungen für den antimilitaristischen Kampf. Es ergeht dem Militarismus wie seinem Nährvater, dem Kapitalismus: sein Lebensgesetz ist zugleich seine Todesursache. Wie die kapitalistische Gesellschaft selbst, ist auch der Militarismus dem dialektischen Charakter der Entwicklung unterworfen. Der Militarismus ist nicht ein bestimmtes Ding, nicht ein bestimmter Zustand. Er ist ein Prozeß, in fortwährender Entwicklung begriffen. Im Verlauf dieses Prozesses bringt er nicht nur die Tendenzen zu seiner stets weiteren Vervollkommnung und größerer Machtentfaltung hervor; er schafft aus sich selbst heraus auch die Gegentendenzen, die ihn dem Zerfall entgegentreiben und eben dadurch von größter Wichtigkeit für die Arbeiterklasse werden.

Bislang schien der Kampf gegen den Militarismus als beinahe aussichtslos, weil nur beim Zusammenwirken mit anderen Faktoren der Soldat in der Uniform für die revolutionäre Propaganda empfänglich war. Nur wenn die wirtschaftliche oder finanzielle Not des Staates die Kriegsfreudigkeit untergrub, oder wenn entscheidende militärische Niederlagen die Disziplin in der Armee lockerten, konnte der eingekleidete Soldat durch revolutionäre Propaganda erreicht werden. So war es 1871 vor der Kommune, so war es am Ende des russisch-japanischen Krieges, so war es 1917 in Rußland, 1918 in den Ländern der Zentralmächte. Wo aber die Verpflegung, Soldzahlung und technische Ausrüstung genügten, wo die Siegeszuversicht in erfolgreichen militärischen Aktionen ihre Begründung fand, blieb das Heer intakt, die Disziplin ungestört. Hier versagte die revolutionäre Propaganda, sie konnte dem Wesen des Militarismus nichts anhaben. Jeder Versuch zur Meuterei, zur Insurrektion und zur Revolte wurde ohne Beschwer unterdrückt und konnte nicht auf andere Truppenteile übergreifen.

Anders das Bild, wenn sich der Schwerpunkt des Militarismus und der Kriegführung von der Front ins *Hinterland* verschiebt. Jetzt kann sich der Militarismus nicht mehr auf die uniformierten Truppen allein stützen. Im Hinterland arbeiten die Fabriken und Werkstätten für den Krieg, die ganze Wirtschaft ist auf die Kriegsbedürfnisse eingestellt. Aber die hier tätigen Menschen arbeiten nicht als militärisch disziplinierte, in einheitlich buntes Tuch gekleidete Horden. Fabriken, Werkstätten und die mit ihnen im Zusammenhang stehenden Nebenbetriebe sind von *Zivilpersonen* bevölkert. Zwar können einzelne Betriebe oder ganze Industrien den militärischen Zwangsgesetzen unterstellt werden, aber diese Unterstellung erreicht praktisch entweder nur den einzelnen Betrieb oder einzelne Arbeiter, die bei Verstößen gegen die Fabrikdisziplin zur Strafe in den Schützengraben geschickt werden. Sie erreicht jedoch nicht die Masse in ihrer Gesamtheit, da man schlechterdings nicht hinter jeden einzelnen Arbeiter einen Gewehrlauf stellen kann. Die Arbeiter des Hinterlandes sind nicht kaserniert, nicht uniformiert, in ihren Dienstverrichtungen sind sie freier als der Soldat an der Front und außerhalb des Fabrikbetriebes leben sie ihr eigenes Leben.

Daß auf dieser Stufe der Entwicklung der Militarismus viel breitere und erfolgreichere Angriffsflächen bietet als früher, braucht an dieser Stelle wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Die propagandistischen, gewerkschaftlichen und politischen Kampfmittel, die der uniformierten Armee gegenüber in der Regel versagen, werden gegenüber der Armee des Hinterlandes wirksam, weil es sich hier um große Massen von im gewöhnlichen Lohnverhältnis stehenden Arbeitern handelt.

Man mag einwenden, warum denn der letzte Krieg mehr als vier Jahre dauerte, warum sich die Armee des Hinterlandes bis gegen

Ende 1918 passiv verhielt. Der Einwand ist berechtigt und er führt uns zum Kardinalpunkt des ganzen Problems.

Gewiß hatte schon der Weltkrieg dem Proletariat eine gegen ihn selbst gerichtete, unter Umständen vernichtende Waffe in die Hand gegeben. Nur erkannten die herrschenden Klassen diese Tatsache viel früher als die Arbeiterklasse und in dieser Erkenntnis lag die tiefste Quelle der Burgfriedenspolitik und des Sozialpatriotismus.

Vom ersten Tage des Krieges an ging das Streben der herrschenden Klassen in den kriegsführenden Ländern darauf hinaus, die Arbeiter für den Krieg und seine angeblichen Ziele zu begeistern. Die Arbeiterorganisationen sollten dadurch gelähmt oder direkt den Bedürfnissen des Krieges dienstbar gemacht werden. Ausschlaggebend aber für das Gelingen dieses Strebens war die Stellung der politischen Parteien des Proletariates, denn sie gaben noch vor der vollen Entfaltung des militärischen Aufmarsches das Signal für das Verhalten der Arbeiterklasse zum Krieg. Darum wurde in Deutschland die Sozialdemokratie zunächst neutralisiert und später zur aktiven Mitwirkung an der Durchführung des Krieges herangezogen. Darum wurden in Frankreich, in Belgien, in England Sozialdemokraten mit Ministerportefeuilles bedacht, darum prägte man in den Ententestaaten den Begriff des Defaitismus und stempelte diesen selbst zum höchsten Staatsverbrechen.

Die herrschenden Klassen wußten, daß ohne das Vertrauen der Arbeiter in den Krieg dieser selbst nicht möglich sei. Dieses Bewußtsein mochte 1914 noch mehr von der Ueberlegung ausgegangen sein, daß der Aufmarsch der Armeen nicht durch irgendwelche Demonstrationen oder gar durch Revolten gestört werden dürfe. Als der Krieg immer mehr, nicht nur ideologisch, sondern wirtschaftlich, technisch und finanziell, eine Angelegenheit der Gesamtnation wurde, spielte die andere Ueberlegung die Hauptrolle: daß die Störung des Kampfes an den Fronten durch die Lähmung der Kriegswirtschaft, durch Streiks und Aufstände unter allen Umständen vermieden werden müsse.

Damit ist deutlich gezeigt, wo für die Arbeiterklasse die Einflußsphäre im Kampf gegen den Militarismus liegt. Es kommt nicht darauf an, daß der militärische Aufmarsch bei Kriegsausbruch verhindert oder teilweise durchkreuzt werde, denn die Erfahrungen des Jahres 1914 haben gelehrt, wie aussichtslos ein solches Beginnen ist. Viel wichtiger ist, daß sich die Arbeiterklasse ihrer aus den veränderten Grundlagen des Militarismus hervorgehenden Macht bewußt werde und über den erforderlichen Willen verfüge, diese Macht anzuwenden.

Dieses Machtbewußtsein hervorzurufen, diesen Willen zu erzeugen und zu stählen, das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Parteien im Kampf gegen Militarismus und Krieg.

Natürlich kann diese Aufgabe nicht erst dann erfüllt werden, wenn der Krieg unmittelbar bevorsteht. Im Gegenteil. Um den Kriegsgefahren überhaupt entgegenzuwirken, muß das ganze Trachten und Sinnen der Arbeiterorganisationen schon während der Friedenszeit darauf gerichtet sein, den Massen die Quelle ihrer Macht zu zeigen und den Willen zur Anwendung dieser Macht zu schulen. Weiß die herrschende Klasse, daß die Arbeiterorganisationen diesen Einfluß ausüben und ihn bewußt steigern, dann weiß sie auch, daß der Krieg selbst in Gefahr und entweder unmöglich ist, wenn die Massen ihre Aufgabe begriffen haben, oder sich auf längere Frist nicht halten läßt, wenn die Soldaten des Hinterlandes ihn nicht aktiv unterstützen.

So weist der Kampf gegen Militarismus und Krieg die Arbeiterklasse weder in den Völkerbund noch zur Blockpolitik und in die Koalitionsregierungen. Er verweist das Proletariat auf sich selbst, auf das Vertrauen in die Entwicklung der eigenen Macht. Wenn die sozialdemokratischen Parteien während der Friedensperiode eine Bündnis- und Blockpolitik treiben, wenn sie zwar nicht formell, aber faktisch ihre Selbständigkeit preisgeben und zu Gefangenen der bürgerlichen Parteien und ihrer Politik werden, vermögen sie in der Zeit der akuten Kriegsgefahr auch nicht, ihre Politik mit einem Ruck umzustellen und den Trennungsstrich zwischen sich und den bürgerlichen Parteien zu ziehen, um den Krieg wirksam zu bekämpfen. Fehlt dieses Bewußtsein großen Teilen des Proletariates heute noch, so lebt es um so tiefer in den Kreisen bürgerlicher Politiker und Staatsmänner, denn sie wissen, daß die Bündnis- und Koalitionspolitik zur Friedenszeit, die Anerkennung der Landesverteidigung das beste Mittel ist, um die Arbeiterparteien auch während des Krieges vor den Karren der herrschenden Klassen zu spannen.

Der Kampf gegen Militarismus und Krieg führt die Arbeiterklasse, im Gegensatz zu den wohlgemeinten und so gründlich verkehrten Ratschlägen der Sozialpazifisten, nicht an die Seite bürgerlicher Linksparteien, den Antimilitarismus nicht zu einer neben und über den Klassen verlaufenden Bewegung — der Kampf gegen Militarismus und Krieg, soll er erfolgreich geführt werden, zwingt die Arbeiterklasse zu einer immer schärferen Betonung des Klassegegensatzes, zur Wahrung ihrer politischen Selbständigkeit durch die Steigerung des Klassenbewußtseins und der zielbewußten Entfaltung ihrer Macht. Auf dieser Grundlage wird der sozialistische Antimilitarismus, als Bestandteil der allgemeinen proletarischen Klassenbewegung, erfolgreich sein. Ihm hilft kein Völkerbund, kein Linksblock, ihm hilft nur eines: das Selbstvertrauen der Arbeiterorganisationen in die eigene Macht.